

Die Halle verspricht bei postmässiger Anfertigung 2,50 Mk. durch die Post 2,25 Mk. ausser Aufstellungsgeltern. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im ausländischen Betrugsbereich unter „Social-Bettung“ eingetragen.

Für unentgeltlich eingehende Anzeigen wird kein Honorar genommen. Redaktionsamt mit Cancellarangelegenheiten.

Verantwortlicher Redaktor Hr. 1149; der Geschäftsstelle Hr. 1150; Halle-Verlagsanstalt, Halle, Leipziger Str. 1; Telefon Nr. 590 u. 591.

Saale-Zeitung.

Verlagsverzeichnis Jahrgang.

Wenden die Expedition über dem Hauptamt mit 20 Pfg. jede aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Mühlengasse 63, 1 sowie von auswärtigen Annoncen-Expeditoren angenommen. Resten die Seite 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweiger Str. 17; Anzeigen-Geschäftsstelle: Markt 24. Halle-Verlagsanstalt, Gr. Mühlengasse 63, 1; Telefon Nr. 590 u. 591.

„Das System der Mitesser.“

(Steuergespräche von Friedrich Raumann.)

In den „Süddeutschen Monatsheften“ (München, Mai 1909) finden wir aus der Feder Friedrich Raumanns folgende den Standpunkt des Liberalen vertretende „Steuergespräche“: Der Liberale: Wir haben zu allen Zeiten die Liebesgaben bekämpft, das heißt die politischen Geschenke, die die Regierung verteilt, um Geld zu bekommen. Der ganze Staat soll der ganzen Nation gehören, soll folglich eine „Liebesgabe“ für alle sein, aber sicherlich nicht ein Handelshaus für agrarische Privatorteile. Also wir haben eine gebundene Marktwirtschaft. In vielen Dingen können wir nachgeben (manche von uns haben darin eine schöne Fertigkeit), aber auf Kontingenzvermehrungen, Brennrechte, Brauereirechte, kurz auf neue Liebesgaben und Zünftlererei können wir uns nicht einlassen. Das mag manchmal wer will! Wenn der „Blod“ daran zugrunde geht, so laß ihn fahren dahin! Er war sowieso in letzter Zeit schon recht schuldlos. Was hat er denn für das Wahlrecht in Preußen geliefert und für die Ministerverantwortlichkeit? Die „Baarung konservativen und liberalen Geistes“, von der Herr Wilow vor reichlich zwei Jahren gewarnt hat, war sozusagen eine „Ehretzung“. Vielleicht war sie nötig. Alles ist nötig, was unermesslich ist. Geladert hat es uns nichts, aber nun zeigt es sich doch, daß wir zweierlei Geist haben. Eine haben den Geist des Kontingenz-Realismus in Staatsfragen, der erstaunlich ist. Der Konservative verzagt mit heftiger Miene dem Staate die Mittel, wenn er dabei nichts bekommt. Sehr patriotisch ist das nicht, aber dafferberechtigt. Mag er sich mit dem Staatssekretär unter dem Segen der Priester vertontigentieren!

Wir wissen, daß wir neue Geldquellen öffnen müssen, jedoch wir im Staate mit herrschen wollen. Wer dem Staate die notwendigen Mittel versagt, der wird unweigerlich von denen beherrscht, die die Mittel beschaffen. Das ist ja auch der Grund, weshalb es vielen von uns so blutauhr wird, sich nicht an der Finanzreform zu beteiligen. Man möchte ein Weiliges tun, um nicht zu den Beherrschten zu gehören. Aber was hilft's, was hilft es? Die Liberalen können nicht an beliebiger Stelle mitten in den konservativen Wirtschaftssysteme sich in den konservativen Markttagen legen, wenn sie nicht ihre eigenen Zukunftshoffnungen in den Strafgraben werfen wollen. Eine liberale Finanzreform müßte nämlich mit Hinwegräumung der konservativen Zölle und Kontingente beginnen. Daß das jetzt nicht geht, weiß jeder Mann, der die Hefen der Parteien kennt, aber wahr ist es trotzdem. Genau das, was vor 70 Jahren Robert Peel in England getan hat, muß in Deutschland geschehen. Robert Peel legte die Zölle auf notwendigen Lebensbedarf herab, welche die direkten Steuern herauf und führte England auf die Bahn, von kapitalistischen Steuern und von Genussmitteln (Tabak, Tee, Kaffee usw.) seinen Staatsbedarf zu bestreiten. Er legte die Zölle herab, um dadurch das Volk steuerkräftig zu machen und, obwohl man ihm dieses vorher nicht glauben wollte, gelang es ihm glänzend. Das ist keine Theorie, sondern ein kontrolliertes, bewährtes wirtschaftsgeschichtliches Erlebnis ersten Ranges. Auch in Deutschland würde es ungefähr so sein. Jetzt laßt auf der Menge des Volkes infolge der Zölle eine Privatsteuer, die höher ist als die Staatssteuer, nämlich alle jene Gaben lasten auf der Masse, durch welche sich die Regierung ihre Mehrheiten willig gemacht hat. Wir werden erdrückt von Liebesgaben, das heißt von einem System preiswertender Staatsmaßregeln, welches den geschäftlichen Gewerben zu gute kommt, in ihnen aber wesentlich zur Erhöhung der Bodenrente und des Anlagekapitals dient. Die Masse zahlt bei uns schon heute genug für den Staat, nur zahlt sie es infolge der konservativen Regierungssart zur Hälfte an Privatbesitzer. Sobald die Regierung einmal die Korona der Mitesser vor sich abschüttelt, wird der schwächere Morgen der Reichsfinanzen tagen. Bis dahin — Glückwerk, Systemlosigkeit, so wie man es vor Augen sieht.

die im Sanatorium Hohemart bei Oberursel Aufenthalt genommen hat, in der letzten Zeit wieder Zustände verärrter Nervosität, nervöse Unruhe und gestörten Schlaf.

Kronprinz Wilhelm am rumänischen Königshof.

Am vorgestrigen Abend fand in Bukarest, wie wir schon kurz gemeldet, zur Feier des 70. Geburtstages des Königs Carol von Rumänien ein großes Galadiner statt, bei dem zwischen dem König und seinem Gaste, dem deutschen Kronprinzen, sehr herzliche Trinkgespräche gewechselt wurden. In dem Trinkspruch König Carols heißt es u. a.: „Mit freudig bewegtem Herzen begrüße ich Eure Kaiserliche und Königliche Hoheit in unserer Mitte, und ich bin dem Kaiser und König unendlich dankbar dafür, daß er seinen durchlauchtesten Thronerben, umgeben von einem glänzenden Stabe und den Kommandeuren der mit besonders nachstehenden Regimenten, entboten hat, um mir die Glückwünsche zu meinem 70. Geburtstage zu überbringen. Der Kaiser gibt mir durch diese zarte Aufmerksamkeit ein erneutes Unterpfand seiner verwandtschaftlichen Gefinnungen und bekräftigt die seit langen Jahren zwischen uns bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, deren Pflege mir warm am Herzen liegt, und die mein Land hoch zu schätzen weiß.“

Kronprinz Wilhelm erwiderte auf die Ansprache des Königs folgendes:

Es ist mir eine besondere Ehre, Freude und Genugtuung, daß mein kaiserlicher Vater mich ausgesendet hat, seine wärmsten und innigsten Wünsche zum heutigen Tage dem kaiserlichen Herrscher hier in der Hauptstadt seines schönen Landes zu überbringen. Mein Vater hat mir bei diesem feierlichen Anlasse, um seinen Wünschen noch besonderen Ausdruck zu geben, Vertreter der preussischen Armee beigespielt, die stolz auf die Eurer Majestät um ihrem obersten Kriegsherrn heute zuteil gewordene Auszeichnung ist, stolz darauf, den in Krieg und Frieden bewährten König von Rumänien jetzt zu ihren Generalfeldmarktschallern zählen zu dürfen. Der Keck dieser Vertreter hat mein Vater speziell die Kommandeure derjenigen Regimenter beigestellt, die die hohe Auszeichnung genießen, in direkten Beziehungen zu der erhabenen Person Eurer Königlichen Majestät zu stehen. Eurer Majestät ist es verdienstlich gewesen, an der Spitze ihrer tapferen Armee sich freiwilliger Barbere um Haupt zu wunden und in der mehr als vierzigjähriger Regierung das Land, das Eurer Majestät zur zweiten, vielgeliebten Heimat wurde, zu reifer Blüte und zunehmender Wohlfahrt zu führen. Auch außerhalb des alten Vaterlandes haben Euer Majestät dem Hohenzollernnamen neuen Ruhm und Ehre erworben. Möge Gott noch lange Jahre seinen Segen auf Eurer Majestät Regierung ruhen lassen und die stets tapferere Armee und das ganze schöne Land, dessen Gelübde er in Eurer Majestät Hand gelegt hat, in seine glückliche Zukunft nehmen!

Beide Toaste wurden mit stürmlichem Beifall aufgenommen.

Aus dem anhaltischen Landtag.

In der Dienstag-Sitzung des Anhaltischen Landtages brachten der freiwählige Abgeordnete Dr. Cohn und Gen. zwei Wahreitsanträge ein. In dem einen wird die Einführung der direkten Wahl für die städtischen Bezirke gefordert. Weiter wird unter Betonung der grundsätzlichen Forderung des Reichstagswahlrechts für die Landtagswahlen und in der Erwägung, daß die Befestigung der privilegierten Mandate zurzeit nicht durchzuführen ist, die Herabsetzung der privilegierten Mandate der Grobgrundbesitzer vor acht auf drei gefordert. Falls dem Antrage Dr. Cohn stattgegeben wird, wird weiter verlangt, daß die freierwerbenden Mandate der Handelskammer (zwei), der Handwerks-, Landwirtschafts- und neu zu bildenden Arbeitskammer verfallen werden. Wie ferner telegraphisch gemeldet wird, brachten die Freiwähligen im Landtag einen Antrag ein, wonach Urkunden über Ordens- und Titelerleihungen angemessen besteuert werden sollen. — Je höher diese Steuer bemessen wird, desto intensiver dürfte dann im Anhaltischen der Verzicht auf Orden und Titel werden, was für die alten Dessauer schließlich kein Unglück wäre!

Der Molke-Garden-Prozess.

Was im letzten Molke-Garden-Prozess hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde, war bisher unbekannt geblieben. Nur das Urteil und die Urteilsbegründung wurden öffentlich verhandelt. Das „Berl. Tagebl.“ ist in der Lage, einige interessante Momente aus der Verhandlung des Prozesses zu veröffentlichen.

Von der Staatsanwaltschaft wie vom Justizrat Sello als Vertreter des Grafen Molke und Justizrat Bernheim als Verteidiger wurde einstimmig beantragt, das Gericht möge von einer Beweisaufnahme, auch von der eidlischen Vernehmung des Grafen Molke, Abstand nehmen.

Das Gericht beschloß hierzu, andere Zeugen überhaupt nicht und das Gericht selbst nur über die einzige Frage zu vernehmen, ob er sich homofozuell betätigt habe. Dies wurde von Graf Molke verneint, der auch erklärte, sich niemals homofozuell gelüßt zu haben. — Die homofozuelle Betätigung der Grafen Hohmann und Nyhar wurde aus den gegen sie gerichteten Verurteilungen festgestellt. Bei Begründung der Anklage fand der Oberstaatsanwalt nicht in allen intimierten Urteilen, sondern nur in dreien von ihnen Belegungen gegeben und hob hervor: von Sentenzialität und dergleichen könne nicht die Rede sein, der Angeklagte habe nicht aus unethischen Motiven gehandelt, der ganze Anzweiflung im wesentlichen dem Führen

Gulenburg geolten, und man könne nicht mehr behaupten, daß er unbetäubt gewesen sei. Mit einer Gelbitrate von 600 Mark seien die intimierten Behauptungen genügend gestützt, die Rosenzweig sei die notwendige Folge der Beurlaubung. Justizrat Sello erklärte, er habe auf dem Boden des von seinem Mandanten geflossenen Vergleichs. Er halte keinen Strafzettel. Justizrat Bernheim legte dar, daß Harden mit gutem Grunde und zu gutem Zwecke die Artikel geschrieben und durch die Befestigung der schädlichen Männer sich ein Verdienst um Deutschland erworben habe. — Harden selbst betonte am Ende seiner Schlussrede mit großer Energie, daß er, wenn auch vielleicht unter persönlichen Drogen, sich verpflichtet glaube, die Angelegenheit ruhen zu lassen — solange er nicht etwa durch das Verhalten seiner Gegner zu anderem Verhalten sich gezwungen sehe. „In diesem Falle, meine Herren, würden wir uns wiedersehen.“ Angesichts der ihn bei seinem Verhalten leitenden Motive könne ihm das gerichtliche Urteil, wenn es nicht seine Ehre berühre, gleichgültig sein.

Wir haben in der gestrigen Abend-Ausgabe der „Saale-Zeitung“ bereits mitgeteilt, daß Harden gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht anmelden wird.

Aus den Kolonien.

Die Lüderichsruher Diamanten. Die neue Lüderichsruher Zeitung“ meldet in ihrer Nummer vom 20. März, daß man im Südosten des Romona-Gebietes, etwa 80 Kilometer südlich Lüderichsruher, eine sogenannte Pipe, eine „Ahr“, gefunden habe, die, wie mit Sicherheit zu schließen ist, für ein Geleiser gewesen sei. Die Ahr ist ein mit den isländischen Geleisern je in die Augen fallend. Vor allem zeugen für diese Auffassung sichere Anzeichen früherer eruptiver Tätigkeit, besonders die aus Onyxfals bestehenden Ränder der Höhle. Ob Blaugrund vorhanden sei, ist noch fraglich. Es sei aber möglich, daß der Blaugrund, der mit eruptiver Tätigkeit in Zusammenhang steht, dort vorkomme. Die Höhle, die einen Durchmesser von 10 bis 12 Meter habe, sei jetzt mit Sand ausgefüllt.

Das Küstengebiet gegenüber der Romona-Insel wird bekanntlich zurzeit als das aussehendste Diamantengebiet angesehen. Das dort vorhandene Einschlaggebiet englischer Land- und Bergwerksrechte, der Firma De Paft & Co. gehörig, ist glücklicherweise, wie wir schon mitgeteilt haben, vor kurzem an eine deutsche Gruppe übergegangen. Diese Gegend ist in den ersten Monaten dieses Jahres das Ziel vergeblicher erfolgreicher Diamantenprospektionen gewesen. Beim oberflächlichen Schürfen während des Aufstehens und Vermessens der Felder seien etwa 2000 Karat Steine von der Oberfläche abgehoben worden und in der zum ersten Mal durchgeführten Aufhebungung an die Lüderichsruher Bank gefunden worden. Die Steine in der Größe von etwa 1 bis 6 Karat seien von ausgezeichneter Qualität und von vielen Interessenten begehrt und recht hoch bemerkt worden.

Allgemeine Mitteilungen.

Die württembergische Regierung hat dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Beschaffung von Geldmitteln für Eisenbahnbauten und außerordentliche Bedürfnisse der Verkehrrsanstalten vorgelegt. Es werden im ganzen rund 52,9 Millionen Mark gefordert, die in der Hauptsache durch Anleihen aufgebracht werden sollen. Unter anderem werden gefordert: 8.145.000 Mk. für bereits im Bau begriffene Bahnen, 5.900.000 Mk. für zweite Gleise, 18 Millionen Mk. für Bahnhofsgebäude in Stuttgart und Umgebung, 11.335.000 Mk. für Erweiterung und Verbesserung bestehender Bahnen, 620.000 Mk. für Erbauung von Wohngebäuden für Beamte, 7.360.000 Mk. für Vernehmung des Fahrmaterials und 602.000 Mk. für Zwecke der Postverwaltung.

See und Flotte.

Der Kreuzer „Hamburg“, der sich in Korfu als Begleitschiff der Zucht „Hohenzollern“ befand, hat Befehl erhalten, sich nach Mexiko zu begeben. Die Entsendung nach Mexiko hat zum Zweck, die dort befindliche „Coreley“ für Konstantinopel frei zu machen. Die „Coreley“ befindet sich seit dem 5. März auf der albanischen griechen Küstsee und lag beim Ausbruch der türkischen Wirren in Smerna. — Laut Meldung des „Reichsanzeigers“ ist die „Coreley“ am 18. April von Smerna nach Mexiko in See gegangen.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 21. April. Am Tische des Bundesrats: Kommissare. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden namentlichen Abhandlungen ist das Haus schon vor Beginn der Sitzung an sehr früh befestigt. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Das städtische Oktroi.

Die Beratung der Petitionen über die Minderung bzw. Aufhebung des § 13 des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt. Die Verrenten gütten, den Termin der Aufhebung der städtischen Verbrauchsabgaben, der nach dem § 13 des Zolltarifgesetzes auf den 1. April 1910 festgesetzt ist, bis zum 1. April 1917 hinauszuschieben.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten. * Die Nordd. Allg. Sta. meldet intern 21. d. M.: Gestern früh unternahm das Kaiserpaar vom Achillion aus einen längeren Spaziergang. Vormittags hörte der Kaiser die Vorträge des Chefs der drei Kabinete. — Zur Frühstücksstafel waren geladen Oberster Frhr. v. Wangenheim mit Gemahlin und die Kommandanten der „Hohenzollern“, der „Hamburg“ und des „Steinern“. Am Nachmittag machten Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin einen Spaziergang nach Wenzige und besuchten heute vormittag die alte Wasserleitung. * Das Befinden der Großherzogin von Oldenburg gibt in letzter Zeit wieder zu Besorgnissen Anlaß. Einem Telegramm aus Oldenburg zufolge zeigte die Großherzogin,

Die Petitionskommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung über diese Petitionen. Ein Antrag W 131 (nL) schlägt vor, das städtische Odtrois bis Ende 1914 bestehen zu lassen.

Abg. Erzberger (Str.): Es ist auffallend, daß gestern die Freisinnigen und die Sozialdemokraten überaus scharfe Angriffe gegen das Zentrum richteten, obgleich das Zentrum als Fraktion sich zur Sache gar nicht erklärt hat. Das Zentrum war bei der Abstimmung über den § 13 des Zolltarifgesetzes gespalten, es ist daher auch in der vorliegenden Frage nicht einig. Aber den meisten anderen Parteien geht es ebenso. Herr Gothein konnte sich daher seine Angriffe auf das Zentrum sparen. Er hätte sie besser an seine Bloßbrüder gerichtet. Wenn die einzelnen Gemeinden zu verschiedenen Zeiten in der Lage sind, den Odtrois aufzugeben, warum dann das Jahr 1914 für das ganze Reich einführen? Dann habe man lieber die Bestimmung im Zolltarifgesetz überhaup nicht. Wenn man landwirtschaftliche Schulden für nötig hält, so muß man mit um größerer Energie Inlandsschuld belämpfen. Gegen diese Auswüchse der Gemeindeautonomie, gegen diesen Aufschwung der Selbstverwaltung muß ganz entschiedene Front gemacht werden. Die Gemeinden haben acht Jahre lang gewußt, daß sie auf diese Einnahmequelle verzichten müssen; da verlangt es der Respekt vor dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz, ihnen diese Hinauschiebung der Frist zu bewilligen, um so weniger, als hier die Interessen der Produzenten und der Konsumenten in Hand gehen. Die Bauernvereine haben scharfe Stellung genommen: Weg mit dem Odtrois! Das Schamap sollte seine Agitation statt für neue Steuererhöhungen für Aufrechterhaltung bestehender Inzineren. Wenn man die Steuerungsverhältnisse aus Bagern, aus Sackden, aus Straußen Mann für Mann eingetrennt für den Umfang bestehender Gesetze, ohne einen Beschluß des Reichstages, ohne einen Bundesratsbeschuß abzuwarten. (Geheimrat Richter vernimmt lächelnd.) Öffentlich bleiben sie auch zum zweiten Punkt der Tagesordnung, das polnische Odtrois über die Freiheit des Erwerbs des Grundeigentums. (Geheimrat Richter vernimmt lächelnd.)

Abg. Ulrich (Soz.): Diese Bereitwilligkeit zur Verlängerung der Frist ist höchst verdächtig; es zeigt, daß man in Wirklichkeit den § 13 des Zolltarifgesetzes ganz beiseite will; man hält nur den jetzigen Augenblick für 500 Millionen neuer Steuern nicht für glücklich. Herr Erzberger scheint ein weißer Kabe unter seinen sonst schwarzen Kollegen zu sein. Die Nationalliberalen freilich sind eingeschümeht, ganz nach dem Kommando des Herrn Wölz. (Widerpruch b. d. Nationallib.) Na, wir werden ja bei der namentlichen Abstimmung sehen, wo der Hase läuft. M. H., Sie alle, die das Zolltarifgesetz geschlossen haben, haben sehr viel auf dem Kerbholz. Wenn Sie Ihre Eiden gut und himmen gegen den Antrag W 131, nur eine Etappe auf dem Wege zur völligen Beseitigung des § 13.

Abg. Wölz (nL): weist die geistigen Angriffe des Abg. Gothein gegen seinen Antrag zurück.

Abg. Sped (Str.): nimmt seine Partei gegen den Vorwurf einer verkehrten Wirtschaftspolitik in Schutz. Nicht das Zentrum sei prinzipienlos, das treffe vielmehr auf die Freisinnigen zu.

Abg. Wolfemann (nL): Die Odtrois müssen endlich fallen. Dem Gesetz muß Geltung verschafft werden. Das einheitliche Wert des Zolltarifgesetzes sollte nicht durchbrochen werden. Damit schließt die Diskussion.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Petitionskommission auf Uebergang zur Tagesordnung mit 238 gegen 61 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Damit ist der Antrag W 131 erledigt.

Der polnische Antrag wegen der Freiheit des Grundeigentums erweist in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Dafür stimmten mit den Antragstellern das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten.

Das Erfinderrecht der Angestellten.

Der letzte Punkt der Tagesordnung ist der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf eine Reform des Patentreuges in der Richtung, daß das Erfinderrecht der Angestellten und Arbeiter in geistiger und materieller Hinsicht mehr geschützt werde.

Abg. Pattmann (wirtsch. Vag.): begründet den Antrag. Die Anschauungen über die vorliegende Frage gehen außerordentlich auseinander. Die Entschädigungen des Patentreuges sind so unzureichend, daß die Erfindungen der Arbeiter dieser Wirtschaft nur durch den Schutz des Patentreuges in der Industrie überwiegen die Verträge, die das Eigentum und Nutzungsrecht an den Erfindungen der Dienstlichen ausprechen und zwar zum Teil ohne Entschädigung. Dieser Zustand schädigt unser industrielles Leben, denn er drängt den Angestellten dazu, seine Erfindung, wenn er sie nicht geheim halten will, der Konkurrenz, viellecht gar der des Auslandes, zu verkaufen. Ein Ausgleich zwischen den kapitalistischen Interessen und denen der geistigen Arbeit muß und kann gefunden werden. Drei Forderungen müssen erhoben werden: Anerkennung des Namens des Erfinders in der Patentschrift, zweitens geistliche Anerkennung der Entschädigungsfrist und drittens die Festsetzung der Patentreuegebühren. Man kann die Angestellten nicht als bloße Köpfe in den Wirtschaftsbetrieben betrachten, sondern als eigene Persönlichkeiten mit Arbeitsfreudigkeit.

Abg. Dore (fr. Vag.): Es hätte dieses Antrages nicht erst bedurft, um diese Angelegenheit bei der bevorstehenden Revision des Patentreuges zur Förderung zu bringen. Der Nennung des Namens in der Patentschrift kann man zustimmen. Aber damit ist noch nicht viel gewonnen bei der großen Schwierigkeit, festzustellen, ob der Anmelder auch in der Tat der Erfinder ist. Es gibt ja eine ganze Gruppe von Establishments-Erfindungen. Einem sowohl gegen den Eingriff in die Vertragsfreiheit, den Erfinder daran zu hindern, auch einmal gegen Entschädigung einem anderen das Eigentum an der Erfindung zu übertragen, kann man nicht zustimmen. Es muß dafür gesorgt werden, daß dem wirklichen Erfinder ohne zu große Mühe und ohne großes Risiko sein Recht wird.

Abg. Jund (nL): Der Antrag war eigentlich nicht notwendig, denn es besteht kein Zweifel darüber, daß die Frage im Rahmen des neuen Patentreuges gelöst werden muß. Ein Schutz der Erfindungen der Angestellten kommt in ideeller und materieller Beziehung in Betracht. Wenn der Name des Angestellten in der Patentschrift genannt wird, so ist das ein Ehrenrecht, das ihm aber auch eine gute Stellung verschaffen kann. Inwiefern man sich festsetzen will, daß derjenige, der das Patent anmeldet, so lange als Erfinder gilt, bis ihm nicht das Gegenteil nachgewiesen wird. Bei einem Eingriff in die Vertragsfreiheit wird man nicht zurückgehen dürfen. Egoistische Aufträge müssen unmöglich gemacht werden.

Abg. Anden (Str.): Auch wir stimmen dem Antrag zu. Die bisherigen Zustände waren unheilbar. Der Angestellte mußte sogar auf den Ruhm der Erfindungen verzichten, die er in seiner Museei machte. So sind viele Erfindungen in den Taschen der Angestellten geblieben.

Abg. Brand-Mannheim (Soz.): Man hört allgemeine Empfindungsbezeugungen für eine soziale Ausgestaltung des Erfinderechts, aber jeder denkt sich darunter etwas anderes. Um des Eigentumsrecht und die Entschädigungspflicht geht man zum Teil in weitem Grade herum. Wir unterstützen alles, was die Rechte der Angestellten und der Arbeiter vermehr.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Donnerstag 2 Uhr: Antrag Ablos betreffend die Einfuhr. Sende — Schluß 6¼ Uhr.

Die Reichsfinanzreform.

(Wiederaufnahme der Kommissionsberatungen.)

Die Finanzkommission des Reichstages trat gestern nach der Osterpause zum erstenmal wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Weiterberatung des Branntweinsteuerentwurfes. Zunächst fand eine Aussprache statt im Hinblick auf die allgemeine Lage und aus Anlaß der Kritik, die in der Öffentlichkeit, in der Presse und in Versammlungen an der Tätigkeit der Finanzkommission geübt worden ist. Dann entspann sich eine neue heftige Gehaltsforderungsdebatte aus Anlaß der vorgetragenen Ausdehnung des Reichsfinanzgesetzes beim Empfang der Steuerabrechnungen. Diese Debatte wurde durch ein Mitglied des Zentrums veranlaßt, das die Kritik rügte, die der Reichsfinanzgesetz in seiner Anrede an den Arbeitern der Kommission geübt habe.

Unterstaatssekretär v. Böbel bemerkte, er habe keine scharfe Kritik gehört. Der Direktor im Reichsfinanzamt Kuhn sagte hinzu, daß man im Reichsfinanzamt keinen Anlaß habe, an den Arbeiten der Kommission Kritik zu üben. Ein Zentrumssabkordneter sprach scharf gegen die Ingerierung von Steueränderungen wie die vorgeschlagene und behauptete, ein Regierungskommissar, Geheimrat v. Halle, habe sich an Abgeordnete gewandt, sie sollten ihm einflußreiche Persönlichkeiten für eine Ausdehnung namhaft machen. Der Sprecher der Konservativen äußerte sein Erstaunen darüber, daß der Zentrumssabkordneter in der Anrede des Kanzlers irgebinde unzulässige Kritik geäußert habe. Etwas anderes sei es mit den Ansprüchen der Abrechnungen, deren Kritik habe sich der Kanzler aber nicht zu eigen gemacht. Man sollte es sich doch sehr überlegen, ob man mit derartigen offiziösen Stimmungsmacherei der Sache wirklich diene. Ueber die scharfe Kritik, die draußen im Lande an den Arbeiten der Kommission und dem Reichstage geübt werde, könne man sich ruhig hinwegsetzen.

Von freisinniger Seite wurde hierzu erklärt: Wenn Ausdehnungen aus dem Lande zugunsten der Finanzreform veranlaßt würden, so könnten die Mitglieder der Kommission dagegen nichts einwenden. Wenn aber in solchen Ausdehnungen verstoßen werde, dem Reichstage und der Steuerkommission die Schuld daran zuzuschreiben, daß die Finanzreform nicht schneller vorwärts gekommen sei, so müsse dagegen entschieden Verwahrung eingelegt werden. Alle Parteien ohne Ausnahme haben sich redlich bestreht, die Arbeiten zu fördern. Der Redner warnt davor, etwa eine Hurraffestimmung in Ingieren zu woken; das könne nur Schaden und Erbitterung bei allen Parteien heraufbesuchen, die den Willen haben, das Werk zustande zu bringen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

68. Sitzung vom 21. April.

In Ministerien: v. Arnim.

Im Ministerrat: v. Roddey eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat der

Ansehungscommission

für Westpreußen und Polen.

Abg. Dr. Seyda (Pole): meint, daß die letzte Ansehungsliste die Polen von der Scholle verdrängt und landlos macht. Die Statistik der Regierung über den Landerwerb durch deutsche Hand sei tendenziös ungenau. Das Entschädigungsgesetz verstoße gegen die Verfassung. Mit diesem Gesetz hindere man die Polen sogar am Bau von Sommerwohnungen. Einem Jagdrevier habe man verboten, eine Wohnung für den Polen an einer Pulverfabrik zu erlauben. So werden die Polen enteignet! Vor dem § 13 des Ansehungsgesetzes sind eben Deutsche und Polen nicht gleich. (Sehr wahr! bei den Polen.)

Zwischen ist ein Antrag v. Wenzel (Lof.) eingegangen, der die Staatsregierung ersucht, die Besitzfestigung größerer Güter in der Ostmark nach Wegnahme des Gesetzes vom 20. März 1908 nicht durch die Deutsche Bauernbank in Danzig und die Deutsche Mittelstandsliste in Polen, sondern durch die Ansehungscommission für Westpreußen und Polen ausführen zu lassen.

Abg. Gieseler (nL): Wer ist daran schuld, wenn die Leute durch Verlagerung der Baugenehmigung geschädigt werden? Doch nur diejenigen, die Partellen verkauft haben. ehe die Baugenehmigung erteilt worden ist. Die Polen sollten sich freuen, daß das Entschädigungsgesetz bisher überhaupt noch nicht zur Anwendung gelangt ist. Mit Vergebung helfe ich fest, daß die Entschädigungslage trotzdem einer ihrer wesentlichsten Zwecke, die Herbeiführung gelinder Güterpreise und eine Beruhigung des Gütermarktes, erreicht hat. Den Güterbesitzern ist das Handwerk gelegt. Daß die Ansehungscommission im letzten Jahre nur 14 000 Hektar angekauft hat, besage ich nicht. Sie soll ja nicht die Polen austausen, sondern nur den deutschen Charakter der Ostmark wahren. Die Rechnung, wonach die der Kommission zur Verfügung stehende Beschlussschäfte in drei Jahren eingetrigt sein wird, trifft nicht zu. Auch für die Zukunft ist ihre Tätigkeit sichergestellt. Wird ihr doch normal so viel Land angeboten, als sie aufkauft. Und schließlich ist ja die Entschädigungslage auch noch da! Ich sehe nicht ein, warum die Deutsche Bauernbank und die Deutsche Mittelstandsliste die Regulierung größerer Güter nicht in die Hand nehmen sollten. Die Bildung von Restgütern bietet manchen Schwierigkeiten, so daß man nur in Ausnahmefällen dazu übergeben sollte. Rentable Restgüter müssen ziemlich groß sein, brauchen dann aber wieder polnische Arbeiter, was der Germanisation widerspricht. Viel richtiger wäre die Regulierung der bescheidenen großen Güter. Die schiedsmäßige Spaltung der deutschen Anwesen auf der letzten großen Verammlung in Gnesen eröffnete erhebliche Aussichts: die Leute bleiben unter allen Umständen deutsch. Selbstverständlich darf die Bildung des Ansehungslandes nicht parteipolitisch ausgebaut werden. Vor einer Ueberprüfung des Gehaltsforderungswesens warne ich auch im Osten.

nicht parteipolitisch ausgebaut werden. Vor einer Ueberprüfung des Gehaltsforderungswesens warne ich auch im Osten.

Abg. Wolff-Billa (fr. Vag.):

Das Verhältnis der Ansehungscommission zu Restgütern läßt, wie ich das ausführlich schon im vorigen Jahre dargelegt habe, eine außerordentlich schädliche Wirkung auf die Wirtschaft des ostpreussischen Mittelstandes aus. Erleichterungen haben die Konventionen in der Kommission diesmal genau denselben Standpunkt vertreten wie ich im vorigen Jahre. Die staatliche Unterstützung der Restgüterbesitzer ist schon jetzt geradezu untragbar. Zustände für den Mittelstand, insbesondere für die mit dem Betriebe von landwirtschaftlichen Bedürfnissen beschäftigten Kreise. Wie darf der Staat diesen Teil des deutschen Mittelstandes auslöschen wollen zugunsten der Restgüterbesitzer? Der vom Staat angelegte Grundbaß, daß die naturgemäße Entwicklung zur Verdrängung der kleinen Händler zugunsten der großen und der Restgüterbesitzer führe, ist falsch. Besonders richtet sich diese staatliche Aktion gegen den jüdischen Handelsstand, der doch auch ein Teil des deutschen Mittelstandes ist. Die Polen machen es anders; infolgedessen nimmt der polnische Mittelstand zu, der deutsche ab. Die Regierung muß auf diesem Wege sofort zurückweichen. An der Ueberprüfung des Gehaltsforderungswesens, die leider schon jetzt fast lahm ist, ist nur die Ansehungscommission schuld. Allerdings leisten auch die Polen darin Erfolge. Kann der Minister jetzt Auslassungen geben — was er in der Kommission nicht konnte — wie es mit der freisinnigen Jagdverpachtung durch die Ansehungscommission steht? Es mag ein Zufall sein, aber es ist ein sehr merkwürdiger Zufall, daß gerade die guten Jagden auf Ansehungsgrundstücken freihändig und zu niedrigem Beschaffungspreis veräußert werden, und zwar meistens an Regierungsbeamte! Ich kann auf Namen nennen. Wie steht es mit der Zweckmäßigkeit dieses Veräußerungsmodus? Das Interesse der Anseher ist das Interesse des Staates, das sollte die Regierung sich bei all ihren Schritten auf dem Gebiet der Ansehungs, politisch vor Augen halten. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. Wolff-Gork (Lof.):

Die Ausführungen des polnischen Redners lasse ich unermüdet. Vor einer Ueberprüfung des Gehaltsforderungswesens warne auch wir. In dem Rückgang der Güterpreise hat es eine erfreuliche Wirkung der Entschädigungsvorlage erlitten wollen. Das ergibt sich mir selbst. Zu niedrige Güterpreise sind ebenso schädlich wie künstlich in die Höhe getriebene. Die deutschen Bauernhöfe sollten bei der Ansehungs mehr berücksichtigt werden. Bedauerlich ist, daß es nicht gelungen ist, mehr deutsche Katholiken anzulieken. Möge die künftige Arbeit der Ansehungscommission dazu führen, daß im Osten endlich Beruhigung eintritt und die Deutschen von allen Seiten als unumschmeibliche Herren dieser Provinzen anerkannt werden. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Die ganze Ansehungsliste ist völlig unwirksam geblieben. Knapp 90 000 Anseher haben sich schon 800 Millionen gelohnt. In Zukunft wird es auch nicht besser werden. Die ganze Ansehungsliste dient nur den Junkern. Die Anseher wollen vom Bau der Kanäle ebenjenemig etwas wissen, wie die Mittelständler von den Konventionen. Die Schädigung der Polen übersteigt jedes Maß, es ist sogar ein Lehrer gemordet worden, weil er im Ehebett polnisch gesprochen hatte. (Stürmische Beifall.)

Abg. Dr. Remold (fr.):

Wenn die Anseher in der Verammlung vom 17. März gelang haben, sie wollten nicht in einer Gegend wohnen, wo sie ihren Vorwand fortgesetzt vor sich hätten, so muß man ihnen doch erwidern, daß davon keine Rede sein kann. Wenn wir Restgüter für den Großgrundbesitz im Osten schaffen wollen, so wollen wir damit keine besondere Klasse von Großgrundbesitzern hochziehen, sondern nur einen gewissen wirtschaftlichen Grundbaß der Mischung von Groß- und Kleingrundbesitz zur Durchführung bringen. (Lebh. Beifall rechts.)

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr. Außerdem stehen Initiativanträge auf der Tagesordnung. Schluß 6¼ Uhr.

Vor der Entscheidung.

Abdul Hamid bleibt?

A.-K. Wenn man vom „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ rehet, so meint man damit gewöhnlich die Vereinigten Staaten. In finanzieller Hinsicht trifft die Bezeichnung für Amerika wohl zu, in politischer hat die Türkei ein gutes Recht darauf. Die letzten vierundzwanzig Stunden haben wieder einmal einen schlafenden Beweis von der Unmöglichkeit, den Gang der Ereignisse in der Türkei irgendwie vorzusagen. Der Rücktritt des Sultans erschien bereits als historisches Faktum. In der Presse wurde die Regierung Abdul Hamids als gewöhnlich behandelt und förmliche Retrograde sprachen die Laten und Untaten eines „toten“ Mannes.

Jetzt zeigt sich, daß Abdul Hamid gar nicht daran denkt, mit seinem „Lofen“ ohne weiteres sich abzugeben. Sondern er sucht die Sultans-Partei durch eine Flut von Depeschen die öffentliche Meinung in Europa von dem Gedanken abzuwenden, daß die Position des Sultans bereits verloren sei.

Zwischen der Belagerungsarmee und dem Jibis haben Verhandlungen stattgefunden, und es wäre immerhin denkbar, daß ein weitgehendes Entgegenkommen des Sultans die jungtürkischen Führer zum Einlenken veranlassen könnte. Der Sultan würde sich, falls er im gegenwärtigen Augenblick den Thron behalten will, der meisten seiner höchsten Rechte begeben müssen und würde hinfort nur mehr ein gleichbedeutungslose Puppe im politischen Leben seines Landes sein.

Ein Mann vom Schlage Abdul Hamids, der 33 Jahre uneingeschränkter Despotismus hinter sich hat, wird sich schwerlich zu solchen Konzessionen verstehen. Immerhin muß damit gerechnet werden, daß der Sultan — den Druck der Ereignisse geborend — alle gewünschten Verprechungen gibt, gleichzeitig aber bereits entschlossen ist, sie bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in den Wind zu schlagen. Sehr merkwürdig allerdings wäre es, wenn die Jungtürken abermals mit Verprechungen und Eiden sich abgeben ließen, und es ist auch nicht anzunehmen, daß sie es tun. Aber — wie schon gesagt — in dem politischen Leben der Türkei, das ganz abhängig ist von zeitlichen Erwägungen, ist kein Ding unmöglich. — Die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen. Wie sie fallen wird, liegt in ihrem Schöße verborgen.

Verhandlungen zwischen Konstantinopel und den Jungtürken

sind, wie aus dem folgenden Telegramm unabweislich hervorgeht, geführt worden und anscheinend nicht ganz erfolglos geblieben:

Saloniki, 21. April. Die bis in die Nacht geführten Verhandlungen zwischen dem Kommandanten des dritten Korps Mahmud Schewket Pascha mit dem Kriegsminister und dem Großvezir hatten noch kein definitives Resultat ergeben, doch verläutet, daß heute die Grundzüge für eine Verständigung gefunden worden dürften. Unter dessen hat eine Einweisung der militärischen Operationen nicht stattgefunden. Auch streifen noch immer freiwillige, darunter zahlreiche Bulgaren, die sich der jungtürkischen Armee anschließen, ein. Der Korpskommandant hat auf Veranlassung aus Konstantinopel die Uebernahme der seit mehreren Tagen hier zurückgehaltenen Zolleinnahmen veranlaßt, ein Beweis, daß es ihm an Geld nicht fehlt.

Die Stimmung in Jiddis-Roset

scheint folgender Meldung nach nicht völlig mutlos:

Wien, 21. April. Raschidsekretär Dschawad verhandelte gestern auf der russischen, englischen und französischen Botschaft. Er erklärte das Gerücht, der Sultan habe die Penzance besichtigt, für falsch und versichert, die Truppen würden nicht in die Stadt kommen. Der Scheich ul Islam scheint gegen die erwartete Fetwa (Abkantungsurkunde) schwere religiöse Bedenken zu hegen, er versichert wenigstens, die Abkantungsurkunde sei falsch. Auch die eventuelle Thronfolge scheint Schwierigkeiten zu bereiten, da Reshad angeblich ablehnt, das Kommando über gegen Sultan sein soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Sultan selbst aus tatsächlichen Gründen sein altes Projekt, für die Thronfolge seinen Neffen Ibrahim Pascha zu bestimmen, wieder heranzieht. Aus dieser Quelle verläutet, daß der Raschidsekretär Sultan Pascha gestern persönlich in alle Kabinetsratungen und die Truppen auf Tereve für den Sultan aufgestellt habe. Der heftigste Punkt ist nach wie vor die Marine, die überiegend juktanest sein soll und bei guter Führung das Gewicht des Landheeres paralysieren könnte.

Nicht ganz so günstig für den Sultan klingt die nachstehende Meldung:

Wien, 21. April. Nach der Anschauung der hiesigen inermierten Kreise haben die Jungtürken, die heute 30 000 bis 35 000 Mann stark vor Konstantinopel stehen, schon jetzt vollständig gestiegen. — Unter den Jungtürken gewinnt die Partei an Ausdehnung, die das Schicksal des Sultans von seinem Nachweis, das er an den letzten Ereignissen unschuldig ist, abhängig macht.

Erneute Absetzungsgerüchte

kommen aus Saloniki:

Saloniki, 21. April. Hier wird mit Bestimmtheit behauptet, der Scheich ul Islam hätte tatsächlich das Fetwa erteilt, das den Sultan absetzt, und sein Bruder sei zum Nachfolger ausgerufen. Die Truppen hätten die Hauptstadt ganz umzingelt. Hier herrscht infolge dessen große Erregung. Für den Vornahme werden Freudenemonstrationen erwartet. Das Komitee begibt sich nach Konstantinopel.

Während also über das Schicksal Abdulsamids zur Stunde völlige Ungeklärtheit herrscht, liegen genaue und klare Nachrichten vor über

die Einschliessung von Konstantinopel.

Wien, 21. April. Die Regierung hat sich vollständig unterworfen und liefert den Jungtürken den Provinz zur Verpflegung der Truppen. In wenigen Stunden muß sich auch das Schicksal des Sultans entscheiden. Ein Teil der jungtürkischen Partei will den Sultan schonen, wenn er nachweisen kann, daß er an dem gegenwärtigen Putsch unschuldig ist. Es werden Stimmen laut, daß sich die Jungtürken durch die Enttörmung des Sultans gewisse europäische Staaten zu Feinden machen würden, so daß dann eine Intervention zu befehligen wäre. Vor einer solchen Intervention hat man aber in jungtürkischen Lager große Furcht.

Der Belagerungszustand

soll nach dem folgenden Telegramm bald über die Stadt verhängt werden:

Konstantinopel, 21. April. Die mazedonischen Truppen werden in der Umgebung der Stadt sichtbar. Der Ministerpräsident, der am Nachmittag zumminutiert, wird den Belagerungszustand über die Stadt verhängen. Die komiteestützigen Offiziere haben die Geschützbesatzung auf den Kriegsschiffen entfernt, so daß die von den Schiffen drohende Gefahr beseitigt ist. Die Armee des Komitees steht den Aufmärsch fort und steht jetzt bereits in stärkerer Zahl vor den Toren der Stadt.

Die Opfer.

Konstantinopel, 21. April. Die Zahl der in der letzten Woche ermordeten jungtürkischen Offiziere wird jetzt auf 262 angegeben. Nicht von ihnen sind vor dem Jiddiz ermordet worden.

Ausland.

Annexion Ägyptens durch England?

Eine sensationelle Meldung kommt aus Kairo. Danach soll England die augenblickliche Vermittlung der Türkei benutzen wollen, um Ägypten zu annektieren. Die Meldung, die zunächst mit aller Vorsicht aufzunehmen ist, lautet:

Kairo, 21. April. Angesichts der nicht abzulassenden gefährlichen englisch-ägyptischen Agitation der Nationalisten schreibt England in kürzester Frist zur Annexion von Ägypten. Der Scheive Abbas wird eine finanzielle Entschädigung erhalten. Der Coup geschah, sobald die Matrosen und größere Truppenmassen in Alexandria konzentriert sind. Zwischen England, Frankreich und Russland schweben Verhandlungen betreffs Kompensation für die Republik und das Jarenreich. Frankreich soll eine dominierende Position in Syrien und die Annexion von Tunis, Rußland dagegen freie Darstellung in der armenischen und jiddischen Regelung an der persisch-armenischen Grenze zugesichert werden.

Streikunruhen in Frankreich.

Der erbitterte Kampf, der seit einiger Zeit zwischen den Wollkammerarbeitern von Magomet und der Fabrikanten

tobt, nimmt von Seiten der streikenden Arbeiter von Tag zu Tag einen bössartigen Charakter an, so daß wiederholt militärische Hilfe herbeigerufen werden mußte.

Ueber die letzten Ausschreitungen berichtet ein Telegramm wie folgt:

Paris, 21. April. Gestern verließen zwei mit Wollballen beladene Wagen eine der Fabriken von Magomet. Dies bemerkten die Streikposten, die sofort Alarm schlugen und eine nach vielen Hunderten zählende Volksmenge ludte sich der Abfahrt der Wagen mit Gewalt zu widersehen. So daß eine halbe Schwadron Dragoner in aller Eile zum Schutze der Fuhrwerke herangezogen werden mußte, während Infanterie die Landstraße beherrschenden Posten besetzte, die hart an der Straße herantreten und von wo aus die Streikenden ungeheure Feilschüsse mitten unter die Dragoner und die Gendarmerieposten rollten, als diese den Hofweg passierten. Nur wie durch ein Wunder wurde niemand durch diesen verheerlichen Anschlag verletzt. Abgesandte des Pariser Allgemeinen Arbeiterbundes durchstießen die Gegend, das Auslandsjüher überall anwährend, so daß sich der nun schon mehr als drei Monate dauernde Streik nach einer gute Weile hinziehen dürfte. Ein vom Abgeordneten Baron Steile, dem Vertreter von Magomet im Parlament, unternommener Versuch, in Paris einen Erfolg zu erzielen, verlief erfolglos; die Arbeiter beharrten bei ihren schon früher aufgestellten Lohnforderungen.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 22 April.

Schiebung oder nicht?

Wie schützt sich der Schuldner am einfachsten gegen unbedeutenhafte Gehaltspändungen?

Das Reichsgericht gibt in dem letzten Bande der gesammelten Entscheidungen das Rezept für ein Hausmittel, das sich bald in allen Kreisen der an schwachen Finanzen leidenden Menschheit großer Beliebtheit erfreuen dürfte. Der Entscheidung des Reichsgerichts, die geeignet ist, befördert die in der Gesellschaft selbst lebhaftesten Aufsehen zu erregen, liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Ein Kaufmann war in Konkurs gegangen und hatte beträchtliche Schulden. Da er ein tüchtiger Geschäftsmann war, fand er schnell ein Engagement, mußte jedoch befrachten, daß sein Gehalt, soweit es den Betrag von 1500 Mark jährlich übersteigt, von den Gläubigern mit Beslag belegt würde. Dem Prinzipal war das Sachverhältnis bekannt; ihm selbst lag daran, daß Pfändungen des zu zahlenden Gehalts vermieden würden. Es wurde deshalb ein Anstellungsvertrag in der Weise geschlossen, daß dem Angestellten selbst 1500 Mark Jahresgehalt und seiner Ehefrau 1700 Mark zugesichert wurden. Ein Gläubiger erklarte in diesem Abkommen eine ihn benachteiligende Schiebung und erwirkte bezüglich der Forderung der Frau in Höhe von 1700 Mark einen Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss. Die Frau des Schuldners ließ jedoch die Pfändung nicht gelten, sondern erhob Widerspruchsklage mit dem Antrage, den Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss für unzulässig zu erklären. Der besagte Gläubiger machte demgegenüber geltend, daß des in Rede stehende Abkommen gegen die guten Sitten verstoße, und forderte den Anstellungsvertrag an, weil er in der der Klägerin bekannten Absicht, die Gläubiger ihres Ehemannes zu benachteiligen, abgeschlossen worden sei.

Während das Landgericht Hamburg den Standpunkt des Beklagten billigte und die Klage abwies, erkannte das Oberlandesgericht dem Klageantrage gemäß. Die von dem Beklagten eingeleitete Revision wurde von dem Reichsgericht zurückgewiesen. Nach der Ansicht des Reichsgerichts können die Gläubiger des Ehemannes gegen ein solches Abkommen nichts machen. Die Gläubiger eines Schuldners, haben die Urteilsgründe hervor, hätten keinen von der Rechtsordnung anerkannten Anspruch darauf, daß dieser seine Arbeitskraft zu ihren Gunsten so verwerthe, daß ihnen ein Zugriff möglich sei. Einen Verstoß gegen die guten Sitten enthalte das Abkommen nicht, da beide Parteien des Vertrages an der getroffenen Regelung der Gehaltszahlung ein berechtigtes Interesse gehabt hätten. Auch die Anfechtung greife nicht durch. Zunächst fehle es an einer wirklichen Benachteiligung der Gläubiger; denn der Besagte hätte den Ehemann der Klägerin nie engagiert, wenn nicht der Gehaltsanspruch gegen Pfändungen gesichert worden wäre, hätte auch bei Kenntnis etwaiger Ungültigkeit des Vertrages sofort die Entlassung ausgesprochen. Wenn der Ehemann ohne Stellung gewesen wäre, hätte aber der Besagte ebenfalls nichts erhalten. Vor allem aber stehe der Anfechtung der Pfändung entgegen, daß den Gläubigern nicht die Befugnis zugestanden werden könne, dem Prinzipal einen Vertrag mit solchem Inhalt aufzuzwingen, wie er ihn gerade nicht habe schließen wollen und deshalb auch nicht geschlossen habe. Nach dem klaren Wortlaute des Abkommens sei ein gegen den Prinzipal begründeter Anspruch des Ehemannes auf Zahlung von 1700 Mark an ihn selbst niemals in seinem Vermögen gewesen und könne auch nicht durch eine anfechtbare Handlung seinem Vermögen entzogen sein.

Trotz der juristisch treffenden Begründung des Reichsgerichts wird der Laie sich des Gefühls, daß der Anfechtungsvertrag dennoch als eine Schiebung anzusehen sei, nicht erwehren können. Eine Forderung der rechtsgerichtlichen Indikatoren ist jedoch kaum zu erwarten, und es heißt die Tatsache bestehen, daß gesagte Schuldner immer noch Mittel und Wege zu finden wissen, um den Gläubigern die Betteiligung ihrer Forderungen unmöglich zu machen. bx.

Ortsgruppe Halle des Deutschen Flotten-Vereins.

Aus der Vorstand- und Ausschußung im Hotel Kaiser Wilhelm ist mitzuteilen:

Die Hauptversammlung der Vertreter des Provinzverbandes für die Provinz Sachsen des D. F. V. mit dem Ziele in Magdeburg unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten v. Vogel soll in diesem Jahre am 13. Juni in Halle stattfinden. Sie wird in einem geschäftlichen Teile, einem gemeinschaftlichen Essen und einem unterhaltenden Teile be-

stehen. In Vorschlag ist gedruckt von der hiesigen Ortsgruppe: eine Konjochfahrt auf der Saale am Vormittag, daran anschließend die Verhandlungen, ihnen folgend gemeinschaftliches Essen, hierauf Konzert in der Saalhofbrauerei.

Was die

Anderabteilung

der Ortsgruppe betrifft, so ist für sie ein drittes, jedoch kleineres Ruderkraft aus Wilhelmshafen angefahren worden, für die jüngeren Schüler, denen es im Vorjahre nicht möglich war, während in den großen Booten zu rudern. Das neue Boot ist ein sogenanntes Rinker Boot und zeigt eine schöne schone Bauart, ist eine Kommandantengänge wie die anderen Boote und vieremig. Für die großen Boote ist verständigweise eine neue Segelanordnung erworfen, obwohl innerhalb der Schuten keinen Gelegenheit ist, auf der Saale Segel zu zeigen, werden sie auf den Tauen nach Werfburg und Wettin recht bald und unter guten Wind kommen können. Die Nachfrage und Neubildung zu dem Schutrubern ist äußerst rege. Das Rudern soll, nachdem die auf überwinternden Boote neu gefrischt und zu Wasser gebracht, Anfang Mai beginnen.

Die Geschäftsstelle ist nach Laurentiusstraße 12 I. verlegt. Die Vereinszeitschrift „Flotte“ wird nicht mehr von der Hallischen Verkehrsanstalt, sondern von eigenem Vereinsboten bestellt.

Studentische Missionskonferenz.

Von Freitag, den 16. bis Dienstag, den 20. des Monats tagte hier im Saal „Konprinz“ die vierte allgemeine studentische Missionskonferenz. Sie wurde vom Studentenbund für Mission veranstaltet.

Außer den Vertretern der akademischen Missionsvereine fast aller Universitäten Deutschlands, waren zahlreiche Studenten aller Fakultäten und Missionen aus zahlreichen Missionskonferenzen und Missionsgesellschaften hatten ihre Vertreter gelandt. Unter zahlreichen, namhaften deutschen Missionsmännern, welche die Referate und Vorträge übernommen hatten, wie Professor Hausleiter, der die Mission an der hiesigen Universität vertritt, Lic. Warden, einer der Inspektoren der rheinischen Missionsgesellschaft, Missionssekretär P. Wütz, kamen auch verschiedene auswärtige Redner zu Wort.

Als Besonderheit wurden die sehr interessanten wie tiefgehenden Ausführungen des Generalsekretärs des christlichen Studententums Bundes, Mr. Matt aus New York aufgenommen, der dreimal eine Evangelisationsreise für Akademiker um die Welt gemacht hat. Auch Mr. Wilder, der Begründer der studentischen Missionsbewegung hielt eine Anrede. Während Mr. Matt und Mr. Wilder englisch sprachen und verdolmetscht werden mußten, hielt Kandidat Moses Chen in aus China, der in Halle ja nicht mehr unbekannt ist, seinen Vortrag in deutscher Sprache.

Die Konferenz, zu der nur Akademiker Zutritt hatten, war von etwa 400 Personen, darunter 24 Studenten benutz. Außer den Delegierten der deutschen Vereinigungen waren 58 Ausländer erschienen, darunter 11 aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 9 Briten, 8 Holländer, 5 Schweden, 5 Amerikaner, 4 Schweizer, 3 Böhmern, 3 Dänen, 2 Italiener, 2 Chinesen, 1 Bulgare, 1 Japaner, 1 Spanier. Auch viele Hallische Studenten aus verschiedenen Verbindungen waren unter den Gästen.

Der Zweck der Konferenz war, das Missionsinteresse unter der Studentenschaft zu wecken und zu vertiefen und jedem die Frage nahe zu legen, ob er nicht auch sein Leben in den Dienst der großen Sache, der Mission zu stellen, beabsichtigt. Im Blick auf die vor vier Jahren ebenfalls hier tagende Missionskonferenz, die nicht einmal halb so viel Teilnehmer zählte, bedeutet diese Konferenz einen großen Fortschritt. Es ist hochzufrieden, daß das Interesse an der Mission unter den Studenten von Jahr zu Jahr zunimmt; denn die Mission stellt heute ganz besondere Anforderungen an ihre Vertreter. Ueberall, so wurde ausgeführt, in China und Japan, in Korea, in Indien und in der Türkei, sind die Pforten der Welt für abendländische Kultur weit geöffnet und abendländische Bildung dringt auch in die entferntesten Länder. Darum muß die Christenheit auf dem Plan sein, um diese Völker für die wahre Religion zu gewinnen, bevor sie Erkenntnis der Nichtigkeit ihrer eigenen Religion dem Materialismus anheimfallen.

Arbeitsethische Gedankenlosigkeit.

Zu diesem Kapitel werden wir geben, folgenden Ausführungen Raum zu geben:

Die Verhandlungen der Stadterordneten-Versammlung über die bevorstehende Veranlassung des Gutes Gmritz gegen zu einer kritischen Betrachtung der hiesigen Neubauten im Süden an. Dort ist im letzten Jahre das Fernwehdepot in der Landstraße erbaut, architektonisch genommen, ein Musterbeispiel für die Verfertigung alter Hallischer Bauweise. Doch dann abgesehen ein sauberer Bau in rotem Backstein. Jetzt entstehen im Anblich daran Stellungen und Unterwerksräume der Stadtischen Straßeneinigung. Diese aber — man sehe und staune! — zur harmlos christlichen Umgestaltung in weiß-gelbem Kalkbau. Will man auch hier von dem geradezu ungläublich schlechten Bauformen absehen, so bleibt doch der Wechsel in der Farbe eine augenverlekkende Gedankenlosigkeit, die die armen empfindlichen Vorübergehenden auf Jahrzehnte ertragen müssen. Die hintere Hofmauer erhebt wieder in schäblichen roten Steinen. Es gab also noch mehr! Was wird nun die borbereitete Mauer für eine Uebertragung bringen? F. W.

Die geplanten Neubauten auf Gmritz, für die am Montag die Stadterordnetenversammlung, 70 500 M. bewilligten, sind, um irrtümlichen Anschauungen vorzubeugen, folgende: Neubau eines Rathhauses, Neuanlage eines Kuchens, Umbau des jetzigen Rathhauses zu einem Schwimmbad.

Der 5. kommun. Bezirks-Verein hat seine Monats-Versammlung heute abend 8 1/2 Uhr, in W. d. S. Restaurant, Wilhelmstraße 42, mit folgender Tagesordnung: 1. Der Besuchsplan an der Kronprinzenstraße, 2. Bericht des Vorstandes, 3. Wünsche aus der Versammlung.

Der Kunstgewerbe-Verein hat heute abend 8 1/2 Uhr, worauf hier nochmals hingewiesen ist, im Saal der Loge zu den fünf Türmen, Albrechtstraße 6, Vortragsabend mit Lichtbildern, von Herrn Professor Dr. Jean Loubier, Berlin, über „Farbendruck und Farbphotographie“. Mit dem Vortrag ist eine reichhaltige Ausstellung von farbigen Reproduktionen verbunden. Gäste sind willkommen.

Wanderländische Frauenverein. Wie der Provinzialvorstand in einem Rundschreiben bekannt gibt, hat sich die

Diatonikenaussatz in Halle bereit erklärt, außerdem ihm zugewiesene vier bis fünf Frauen oder Jungfrauen für den Vaterländischen Frauenverein unentgeltlich auszubilden in einem sechsmonatigen Kursus bei freier Unterkunft und Verpflegung. Jüngere Frauen oder Mädchen, die sich gerne einem weiblichen Berufe zuwenden möchten, finden hier geeignete Gelegenheit zu einer Ausbildung. Außer der halbjährigen Diatonikenanstalt nimmt auch der Verein für weibliche Diatoniken in Magdeburg vorläufig eine Schülerin zur unentgeltlichen Ausbildung auf. Von den ausgebildeten Pflegerinnen wird gewünscht, daß sie sich im Kriegsfall dem Roten Kreuz im Heimatgebiete zur Verfügung stellen und sich in die Listen der Vaterländischen Frauenvereine aufnehmen lassen.

Neues Theater. Wegen Erkrankung des Hrn. Buitovics wird heute an Stelle der „Hauen Maus“ „Andragola“ gegeben.

Frau Olga Binder-Hin, die in dieser Spielzeit wiederholt in unserem Stadttheater auftrat, unternimmt eben eine Tournee durch Schlesiens. Der Erfolg ihres bei hiesigen Bühnenleiterin auch auf den schlesischen Bühnen. Frau Binder-Hin, „Reutheuer Zeitung“ anlässlich einer im dortigen Stadttheater gegebenen Vorstellung „Christoph Kolumbus“. Die Besetzung der Partien war sehr günstig für das Gelingen der Operette, und müssen wir Fr. Binder, die Soubrette par excellence, als überaus tüchtige Darstellerin der Hanni aus dem Schieferlatz zuerst nennen, welche der ganzen Operette ein charakteristisches Gepräge gab, vom Publikum bei ihrem Erscheinen jubelnd begrüßt und nach jeder Geklungnummer mit Beifall überhäuft wurde.

Sportpark. Am kommenden Sonntag findet auf dem Sportpark des H. A. Fußballklub von 1896 (E. B.) an der Leipziger Chaussee das Aufstiebsspiel um die Mitteldeutsche Meisterschaft statt, wobei sich der Dresdener Sportklub I und der Erfurter Sportklub I gegenübersehen. Sämtliche Spiele sind von 1 Uhr nachmittags ab aus diesem Grunde unterlag.

Der Bund der lediglich-industriellen Beamten, gegen den sich, wie erinnerlich hier dürfte, im vorigen Jahre der unter dem Namen Geheimlicher bekannte Vorstoß der Bayerischen Metallindustriellen richtete, hat im Jahre 1908 seine Tätigkeit gemacht. Sein Mitgliederbestand ist nun 224 Mitglieder und 532 Solipolanten (Studierende) gewachsen, so daß sich für Ende 1908 eine Gesamtzahl von 13 002 Mitgliedern und 785 Solipolanten ergibt. Da der Bund auch des oben erwähnten Angriffs, der ihn zur Erhebung einer Erklärungs- und 600000 Mk. zur Verfügungstellung genommen hat, durch das noch als ein gutes Zeichen für seine Zukunftsansichten angesehen werden. Das Vermögen des Bundes beträgt ca. 200 000 Mk. Als charakteristische Zeichen für die wirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1908 kann man die Tatsache ansehen, daß der Bund für Unterhaltung von Stellungslosen nicht weniger als 35 445,00 Mk. — an 358 Stellungslosen — ausgezahlt hat. Bezeichnend für die ungünstige rechtliche Lage der Vertriebsangehörigen ist es auch, daß der Rechtsrat des Bundes im Berichtsjahr einen Aufwand von 14 000 Mk. erforderte.

Politisches. Vom 1. Mai ab wird im Verkehr mit Großbritannien Käsefen mit Wertangabe bis zum Betrage von 8000 Mk. zugelassen.

Kunst und Wissenschaft, Theater und Musik finden die Leser der „Saale-Zeitung“ in der „Unterhaltungsbillette“ der heutigen Ausgabe.

Fährt das Auto im Cottbuser Bahnhof ein und der Reisende hat seinen Zweck erreicht. „Leufsterte“, meinte der alte Lokomotivführer, „fahren schneller als wir.“ Dem Reisenden wurde beim Betreten des Bahnsteiges in Cottbus von dem im Wagen befindlichen Passagiere eine begeisterte Ovation gebracht, die ihn sehr erfreute.

„Studentenland.“

4. Jena, 19. April. Bei den hiesigen Musikanten scheint es neuerdings zum guten Ton zu gehören, daß sie sich in der Umgebung mit Grundbesitz anfangen. Ein solches Klüßchen ist mit dem Ankauf der „Kilpsalm“ auf dem Kernbergplateau vorangegangen. Ganz in der Nähe, in „Schöfers Leede“, hat nun auch die „Burkenschiff „Teutonia“ für 23 Mark (!) Eigentümern von der Größe eines weimarischen Aders erworben. Trotz seines geringen Preises ist das neueste Studentenland immer noch um 9 Mt. teurer als die „Kilpsalm“, die gar nur 14 Mark gelohnt hat. Da sich aber von ihm ein herrlicher Blick nach dem Festungsbau bietet, ist es — obwohl für den landwirtschaftlichen Betrieb gänzlich ungeeignet — kein Geld wert. Die Studenten besitzen es, mit ihrem Hund zu wachen, und so werden die Grundstücke in einigen Jahren zweifellos so im Wert steigen, daß sie nicht für den bescheiden Preis zu haben sein werden. Die „Kilpsalm“ ist jetzt schon unverkäuflich.

— **Eilenburg, 20. April.** (Seminar direktor.) Als Leiter des neu errichteten Seminars wurde Seminaroberlehrer Dürz von Erfurt berufen.

— **Autenhausen, 20. April.** (Mutuergiftung.) Hier etwa 48jährige Ehefrau des Hofhauers H. Sperhake hat verheiratet sich die Hand an einem verrosteten Nagel so, daß der ganze Arm anschwoll. Der herbeigerufene Arzt stellte Wintergiftung fest. Der Zustand der Frau ist bedenklich.

Vermischtes.

Billige Ferienreise durch Spanien, Nordafrika, Sicilien und Italien bietet nach dem berühmten Programm auch in diesem Sommer die „Vereinigung für deutsche Mittelmeerfahrten“, ein freier Bund von Damen und Herren aller Stände, der bekanntlich das Ziel hat, erholungsbefähigenden Kaufleuten, Beamten, Lehrern u. s. w. eine Ferienreise durch die Länder an Mittelmeer zu erschwinglichem Preise zu ermöglichen. Die auf 23 Tage berechnete Reise beginnt am 6. Juli in Genf und geht von Marseille auf großem französischen Seeländerdampfer nach Palma auf den Balearen, Spaniens Westküste Malaga (Granada), Gibraltar-Algeciras, Tanger, der Hauptstadt Marokkos, Algier, Tunis und Carthago, Palermo auf Sicilien, Capri mit blauer Croix, Neapel mit den Lavafeldern des Vesuv und Pompeji, Rom und nach der Riviera mit Monte Carlo. Zum Schluß führt der Dampfer die Gesellschaft nach Marseille und dann die Bahn nach Genf am 28. Juli zurück. Der Preis der 23tägigen Rundfahrt von Genf bis Genf beträgt einschließlich der Unterkunft und guter Verpflegung (mit Wein) an Bord wie in den Hotels, der Ausbohrung, der Eisenbahn- und Wagenfahrten, der Führung, Frühstück, etwaiser ärztlicher Behandlung z. c. nur 875 Mark. Ausführlicher Prospekt wird kostenlos vom Schriftwart der Vereinigung, Lehrer D. Hinz in Charlottenburg I, Kirchstraße 35, abgegeben.

Schauerlicher Fund. Beim Pflügen eines Ackerlandes gegenüber dem Bahnhof Hagenow-Land in Mecklenburg wurden die Leiche eines in ca. ein Fuß tiefe auf den graulich gefärbten Leichen eines Mannes. Oberkörper, Arme, Füße und Kopf waren eingeln, und die Knochen fast vollständig losgerissen, in dänische Zeitungen mit dem Datum vom 14. April eingezeichnet. Die Leiche wurde mit einer Schicht Kalisalz überdeckt. Altem Anscheine nach handelt es sich um einen Unfalltod, dessen Opfer von auswärts nach Mecklenburg gebracht wurde. Die Leichenteile wurden nach Rostock in die Untersuchungsklinik zur weiteren Untersuchung gebracht.

Anfälle beim Wettrennen. Beim Maidenrennen der Dreijährigen in Wien wurde der Jodel Gulpas, der Maritz, beim Stauensetzen zum Sturz abgeworfen, der Kopf blieb in den Wägen hängen, wurde ungefähr 20 Meter weit geschleift und schließlich gegen eine Barriere gestürzt. Gulpas erlitt schwere Verletzungen, u. a. auch eine Gehirnerschütterung. Zwei tödliche Fälle haben sich in den letzten Tagen auf englischen Rennbahnen zugetragen. In Daxley Park kam in der Hunt Steeple Chase der bekannte Herrentreter Mr. R. Faber zu Fall und erlitt einen schweren Schädelbruch, an dem er tags darauf verstarb. Mr. Faber war ein sehr hoffnungsvoller junger Reiter; er war Master der Oxford University Draghounds und Leutnant bei den 16. Lanciers. — Ein zweiter Unfall, der ebenfalls den Tod des Gekürzten zur Folge hatte, ereignete sich bei den Rennen zu Kesslo in Norfolk. Handicap. Ernest Williams, ein namhafter Steeple Chase-Jodel, karambolierte während des Rennens mit einem reitenden Pferde und fiel dabei so unglücklich, daß er das Genick brach.

Ein Stadt aus Gold. Die goldene Stadt des Märchens ist in der Wirklichkeit eine Art Eisenbild; die Stadt Guanajuato in Mexiko. Man hat die überraschende Entdeckung gemacht, daß die Häuser dieser Stadt einen reichen Goldgehalt aufweisen. Guanajuato ist eine der ältesten Minenstädte Mexikos, aber den Wert der Stadt an sich hat erst die jüngste Zeit entbunden, als eine Eisenbahngesellschaft den Goldberg sah, in Guanajuato ein Stationsgebäude zu errichten. Es ergab sich, daß ein großer Teil der Häuser eisenhaltig, die in früherer Zeit aus Basaltstein errichtet wurden. Zur Herstellung dieses Basaltsteins hatte man feiner Erde als den Miner stammenden Stein- und Sandsteine verwendet, nachdem ihr Ergehalt vermehrt worden war. Als man zum Abbruch der Häuser schritt, gab man einige Schuttstücke zur Untersuchung in das Laboratorium. Dabei stellte sich heraus, daß dieser Schutt einen Goldgehalt von 12 bis nahezu 100 Mt. für die Tonne aufwies, durchschnittlich 32 Mt. pro 1000 Kilo. Die Urstoffe dieses reichen Goldgehaltes liegt in der Unvollkommenheit der früheren Mittel, mit denen die aus den Minen gefördert Massen bearbeitet wurden und bei denen viel Gold und Silber verloren ging. Mit Hilfe des neuen Verfahrens hat man den Schutt der abgeritzten Häusergruppen bearbeitet und dabei für nicht weniger als 120 000 Mt. Gold gewonnen.

Die falschen Gerüchte über den Tod der Gattin Burrians sind nun völlig aufgeklärt. Der Kammerjäger verheiratete in Newport sehr viel mit einer Dresdener jungen Dame, einem Fräulein S. Diese Dame erkrankte plötzlich nach dem Besuch von Austerlitz und starb nach einigen Tagen im Hospital. Da Burrian fast stets in Gesellschaft des Fräuleins gesehen wurde, hielt man sie für seine Gattin.

Letzte Nachrichten.

Verständigung zwischen den Jungtürken und der Regierung.

Abdul Hamid bleibt — die Regierung unterwirft sich. Konstantinopel, 21. April. Der Umschwung in der Auffassung der Lage ist derart, daß eine Verständigung zwischen der Leitung der mazedonischen Truppen und der Regierung erzielt wurde. Diese Verständigung hat folgende Grundlage: Was die Abweisung des Sultans wird verzichtet. Der größte Teil der Garnison von Konstantinopel wird entlassen und durch Saloniker Truppen ersetzt. In der Hauptstadt bleiben ferner 6000 Saloniker Gendarmen, die den Sicherheitsdienst übernehmen. Die jungtürkischen Truppen, deren Vorhut bereits vor den Mauern Konstantinopels steht, werden zunächst nicht in die Stadt einmarschieren. Die Regierung erließ einen Aufruf, nach welchem die Truppen einen neuen Eid zu leisten haben. Sie übernimmt die Bürgschaft für die Unterwerfung der Garnison, ausgenommen einen kleinen Teil der Hilis-Beschaffung. Die Kriegsflotte verzichtet zur Abhaltung von Manövern den Hafen von Konstantinopel.

Konstantinopel, 21. April. Auf Bitten des Sultans haben der Großvezir, der Kriegsminister und der Befehlshaber der hiesigen Truppen ihre Demission zurückgegeben. Die Nachrichten von vollzogenen Hinrichtungen haben bis heute nicht bestätigt. Der Kaiser Suemi Palhas ist nicht nur dem Militär, sondern auch den Zivilbehörden mitgeteilt worden. Der Einbruch ist ein glänziger.

Salonik, 21. April. An der bulgarischen Grenze sollen bulgarische Truppen-Unruhen ausgebrochen sein. Hier ist der Befehl eingelaufen, die strategische Strecke nach der Grenze sofort fertigzustellen.

Demission des ungarischen Kabinetts.

Wien, 21. April. Der morgigen Audienz des Grafen Andrássy beim Kaiser Franz Josef wird die höchste Bedeutung beigemessen. Andrássy ist vom Kaiser in erster Linie dazu ausgerufen, ein neues ungarisches Kabinett zu bilden. Die Verhandlungen bezüglich einer Kartellbank sind gescheitert. Da der Kaiser seine Zustimmung zur Errichtung einer ungarischen Bank verweigert, gibt das Kabinett seine Demission. Die offizielle Ankündigung wird für den Sonntag erwartet.

König Eduard nach Malta.

London, 21. April. Aus Malta wird berichtet, daß das englische Königspaar mit der Kaiserin-Witwe von Rußland heute hier eingetroffen ist. Sie werden die Güte des Bergzugs von Connaught sein und bis zum 23. April in Malta bleiben.

Streikunruhen in Frankreich.

Wien, 21. April. Die Arbeiterchaft von Andesville hielt heute eine Versammlung ab, in der die Redner die Arbeiter aufforderten, Widerstand zu leisten, sich zu bewaffnen und die Verteidigung gegen die Behörden zu beginnen. Die Arbeiter der Bergbau-Werke beschlossen, in den Ausstand zu treten und legten die Arbeit nieder. Zahlreiche Maueranschläge, welche die Arbeiter aufzehen, wurden in der Umgebung verstreut.

Großfeuer bei Paris.

Paris, 21. April. Eine große Feuersbrunst zerstörte heute im Vororte Saint-Denis die Delieidergasse der Nordbahngesellschaft. Bei dem Brande wurden mehrere Personen verletzt und der Eisenbahnbetrieb teilweise eingestellt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Francs.

Luftschiffahrt.

Neuer deutscher Aeroplan. Der Hochschulpflegelehrer Reikner unternahm in Aachen einen Flugversuch mit dem von ihm konstruierten Zweiflügelstiefler. Er legte in einer Höhe von 5 Metern 40 Meter zurück, wobei der Apparat sich als durchaus brauchbar erwies.

Sportnachrichten.

Der neue Präsident des Reichsausschusses für Olympische Spiele wird aller Voraussicht nach Staatsminister v. Pöhl sein; als amtierender Präsident kommt der bekannte Rennmann Oberregierungsrat a. D. Ulrich v. Derzhin in Frage. — Nach dem Tode des früheren Präsidenten des Reichsausschusses, des Grafen v. d. Alleeburg, war man darauf bedacht, wieder eine Persönlichkeit zu wählen, die gewillt war, den vom verstorbenen Grafen v. d. Alleeburg begonnenen Bau des Stabions in Grünwald zu vollenden, und die Führung mit Regierungskreisen befristet. In Pöhl besteht, der Vorherrscher des neugegründeten Berliner Rennvereins, des Besitzers der Grünwald-Rennbahn, ist dürfte ein Mann gefunden sein, unter dessen Leitung der Reichsausschuss für Olympische Spiele seine großen Aufgaben erfüllen wird.

Unterhaltungsbillette.

Fräulein Doktor. Novelle von Fr. Lehne. (Fortf.) — Wer bewohnt das Haus? Humoreske von E. Newton Bungen. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Binstmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Sandelsteil: Ernst Alexander-Rag; für den Inzeratenteil: Friedrich Endrusatz; Druck und Verlag von Otto Hendel, sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsbillette.“

241.
Rus-
Gus-
Ham-
Dre-
A. E.
156.
Hoh-
3.50
Eibe-
fabr-
Wes-
3.50
Will-
Han-
es
sme
das
zu
auf
te
deich
Einfr-
trüg-
Sch-
sch-
einig-
Jahr-
und
dust-
dort
nähe
hau-
lepen
Wid-
Oeff-
Lohn-
obwa-
Kon-
Trac-
aus-
mon-
— w-
sand-
wert
wär-
dukt
kom-
der-
Regi-
und
Prod-
sich
Sol-
man
Sche-
ding-
lure
Zoll-
Kost-
ange-
beson-
Stu-
gröss-
haber-
lebha-
gesta-
weite-
abern-
der S-
im e-
Betri-
über
Anst-
Vers-
Netto
Markt
vor-
sich-
schlo-
zus-
hatte
ermä-
eriol-
Abtei-
Plan-
nach
nach
387 0
zins-
und 2
242
im V-
tal, d-
wer-
kung-
ins-
Absat-
im e-
Es v-
in d-
wird,
der g-
S. 10

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Min. Kredit 196,75, Diskont 192,25, Deutsche Bank 241,62, Kanada 175,37, Paketeri 117,50, Nordsee 110,00, Russische Anleihe von 1912 85,87, Laurahütte 194,75, Bochumer Guss 234,75, Harpener 192,37, Gelsenkirchen 187,62, Berliner Handelsgesellschaft 172,62, Baltimore 113,60, Phoenix 170,57, Dresdner Bank 150,25, Schaaffhausen 133,37, Lombarden 18,40, A. E. G. 229,77, Siemens & Halske 206,60, Deutsche Uebersee 156,20, Tenner.

Am Kassamarkt notierten höher: Löwenbrauerei Hohen-Schönhausen 3, Sinner Brauerei 4, Germania Zement 3, Schimchow Zement 4, Schwabenzement 6, Aluminium-Ind. 3,50, Badische Anilinfabrik 3,10, Concordia chem. Fabrik 4,50, Elberfelder Farben 4, Breslauer Spiritfabrik 6,50, Nord. Spiritfabrik 5, Posener Spiritfabrik 7,50, Deutsche Glasfabrik 5, Deutsche Steinzeug 3, Eisenwerk Kraft 5, Otavi Minen-Aktien 4, Westeregeln 4 und Kalwerk Aschersleben 4; niedriger: Teutonia Zement 4, Hoffmann Waggon 3,50, Schimmel Masch. 3,50, Ver. Dampfziegelwerke 6, Elektr. Lieferungs-Ges. 4, Königswilhelm 6,30, Lothringer Eisen 3.

Mehr Vorsicht gegenüber der Union!

Die Sympathien für die Vereinigten Staaten, die früher bei Handel und Industrie in Deutschland vorherrschten, sind, soweit es sich um diejenigen Kreise handelt, die am Export nach Nordamerika interessiert sind, sehr viel geringer geworden, seitdem das Schicksal der amerikanischen Tarifreform in der letzten Legislaturperiode geendet ist. Dass sie bisher noch nicht auf dem Nullpunkt angekommen sind oder sich gar in ihr Gegenteil verkehrt haben, ist nur aus der Hoffnung zu erklären, dass doch schließlich auch bei den Yankees wieder einmal ein dem Einfuhrhandel günstiger Wind sich erheben werde. Wie trügerisch diese Hoffnung gewesen ist, hat die „Tarifreform“ ergeben, mit der sich augenblicklich der amerikanische Senat beschäftigt. Und den letzten Rest von Sympathie wird den Vereinigten Staaten das *Spionagesystem* rauben, das sie seit Jahren in den europäischen Industrieländern zu dem Zwecke unterhalten, hinter die Geschäftselemente der einzelnen Industriezweige zu kommen. Leider hat aber nicht einmal die deutsche Regierung gegenüber den Versuchen der Amerikaner, nähere Mitteilungen über die Produktionskosten von Waren, die hauptsächlich nach Nordamerika ausgeführt werden — darauf legen sie in erster Linie Gewicht — zu erhalten, genügende Widerstandskraft bewiesen, wie die jüngsten Enthüllungen haben erkennen lassen.

Die „Disch. Exp.-Rev.“ hat sich das Verdienst erworben, die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, dass das Berliner Auswärtige Amt den Amerikanern alle gewünschten Informationen über Löhne und andere Produktionskosten bereitwillig erteilt hat, obwohl die deutsche Industrie das dringende Interesse hat, ihre Konkurrenten auf der Weltmärkte nicht durch diese Informationen klären zu lassen. Die „American Association of Commerce and Trade“ in Berlin hat diese sehr unglückliche Tatsache kürzlich ausgedeutet. Nach ihren Mitteilungen im vorletzten halbjährlichen Bulletin hat das amerikanische Staatsdepartement wohl nach demselben Verfahren, durch nach Europa entsandte Sachverständige der Statistik des Geheimnisses zu läßt, vergeblich gewesen waren — sich einfach an das deutsche Auswärtige Amt mit dem Ersuchen um Information über die Produktionskosten aller für den amerikanischen Tarif in Betracht kommenden Waren gewandt. Und dem Wunsche ist denn auch durch Lieferung eines umfangreichen Dokumentes entsprochen worden.

Wenn die deutsche Industrie Kenntnis von der Absicht der Regierung, in so weitgehendem Masse einem fremden Lande, und noch dazu gerade den Vereinigten Staaten, Einblick in ihre Produktionsverhältnisse zu gewähren, erhalten hätte, würde sie sich nicht versüßeln haben, auf die grosse Gefahr, die mit einer solchen Massnahme verbunden ist, aufmerksam zu machen. Man hätte doch aber erwarten sollen, dass man sich an die Stelle der Beteiligten die Regierung sich gebildet hätte, die Bedingungen, unter denen die einheimische Industrie arbeitet, der fremden Konkurrenz klarlegen. Glaubt sie denn wirklich, dass ihre Informationen den Erfolg einer Herabsetzung von Zölleisen bei solchen Waren haben, deren Produktionskosten sich nach ihren Ermittlungen höher stellen als nach den Angaben der amerikanischen Industrien? Harmlosigkeit ist eine Eigenschaft, deren Betätigung in handelspolitischen Fragen besonders unangebracht ist. Hoffentlich tritt in Zukunft an ihre Stelle, namentlich den Vereinigten Staaten gegenüber, eine grössere Vorsicht.

Reichsbank. Die Rückflüsse in die Kassen der Reichsbank haben sich, wie wir erfahren, in der dritten Aprilwoche d. J. lebhafter als in der korrespondierenden Woche des Vorjahres gestaltet. Der Metallbestand sowie die fremden Gelder sind weiter gestiegen, während der Notenumlauf sowie die Anlagen abgenommen hat. Der Metallbestand hat sich um 206,44 Mark (gegen 100,077 Mk. im ersten Quartal 1908). Da die bevorstehende Erneuerung des Kalsyndikats es zweckmässig erscheinen lässt, finanziell gerüstet zu sein, hat der Vorstand beschlossen, die Ausbeute von erstes Quartal d. J. auf 100 Mk. festzusetzen. (Die letzte Gewerksverammlung vom 6. April v. J. hatte bereits die Ausbeute von 150 Mk. auf 125 Mk. im Quartal ermässigt, nunmehr ist eine weitere Reduzierung auf 100 Mk. erfolgt.)

Gewerkschaft Kaiseroda, Kalwerk. Der Betrieb sämtlicher Abteilungen verlief nach dem Bericht für das erste Quartal 1909 planmässig und ohne Störung. Der Betriebsüberschuss betrug nach Abzug aller Betriebskosten, Förderabgaben, Gefälle und nach Abzug der Kosten für Aufwände und Vorrichtungenarbeiten 387 027,22 Mk. Hiervon wurden zurückgestellt für Obligationszinsen, Provisionen, Spesen, Handlungsunkosten, Syndikatsumlage und Ueberbrisse 140 750 Mk., so dass ein Nettoüberschuss von 246 277,22 Mk. pro erstes Quartal verbleibt (gegen 243 916 Mk. im Vorjahre). Das Ergebnis stellt sich somit für das erste Quartal d. J. um 2320 Mk. günstiger.

Gewerkschaft Barch, Magdeburg. Der Betrieb des Bergwerks sowohl wie der Hütte verlief im ersten Quartal des laufenden Jahres normal und erfreute keinerlei Störungen. Der Absatz stellte sich auf 46 845 dz reines Kalk gegenüber 46 333 dz im ersten Quartal des Vorjahres. Der Betriebsüberschuss betrug 440 945,05 Mk., wovon nach Kürzung von 100 180,95 Mk. für Syndikatszinsen, Preisausgleichungen, Generalunkosten und Steuern 340 764,10 Mark als Reingewinn verblieben (gegen 331 224,10 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres).

Deutsche Tiefohr-Akt.-Ges. Eine Aufsichtsratsitzung dieser Gesellschaft hat stattgefunden, in der die Frage der Einführung von Aktien an der Berliner Börse neuerdings erörtert wurde. Es verläutet mit Bestimmtheit, dass ein diesbezüglicher Antrag in dem nächsten Monatskongress im freien Verkehr an der gestrigen Börse von 256 Prozent auf 201 Prozent ansteigen wird.

Siemens & Halske Akt.-Ges. in Berlin. Die Statutenwerke des russischen Kronwerk, haben von der Gesellschaft für Elektro-

anlagen m. b. H. in Berlin-Nonnendamm die Lizenz auf eine Elektroanlage mit Induktionsbetrieb erworben. Das im Elektrostahlfabrikationswerk in Nonnendamm hergestellte Material wird in der eigentlichen Fabrikation der Statutenwerke verarbeitet. Die Lieferung der erforderlichen elektrischen Einrichtungen erfolgt durch die Siemens & Halske Akt.-Ges., Berlin-Nonnendamm.

Projekt einer elektrischen Schnellbahn durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Die Kommunalvereinigung für den Bau einer rheinisch-westfälischen Schnellbahn hielt eine Mitgliederversammlung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, an dem Bau einer elektrischen Schnellbahn von Dortmund nach Düsseldorf durch das Industriegebiet hindurch über Bochum, Essen und Duisburg festzuhalten und das Projekt sofort in Auftrag zu geben. Mit dem Interesse des nördlichen Teiles des Industriezweiges soll gleichzeitig über den Bau einer nördlichen Linie und die Tragung der Kosten für die Vorarbeiten verhandelt werden.

Norddeutsche Eiswerke Akt.-Ges. in Berlin. Das Resultat des Eisgeschäftes in Berlin wie in Hannover laut Geschäftsbericht für 1908 erheblich besser als im Jahre 1907. Das Brennmaterialgeschäft brachte beinahe den gleichen Gewinn wie im vergangenen Jahre. Schon im letzten Geschäftsbericht wurde die durch galizisches Petroleum erwachsene Konkurrenz im Petroleumgeschäft erwähnt. Der Verdienst hat denn auch weiter unter dem schweren Kampfe, der zwischen den amerikanischen und österreichischen Importen entbrannt war, gelitten, und um nicht noch mehr geschädigt zu werden, wurde eine Einigung mit der österreichischen Konkurrenz, die eine Garantie für gute Bedienung mit bestem Petroleum bietet. Der Bruttogewinn beträgt für das Jahr 1908 nach Abzug aller Betriebskosten 188 900 Mk. Davon konnten auf Abschreibungen 64 692 Mk., so dass als Reingewinn 124 198 Mk. verblieben. Es wird vorgeschlagen, davon 2½ Proz. auf die Stammaktien und 5 Proz. auf die Vorzugsaktien zu verteilen.

Aschingers Akt.-Ges. in Berlin. Der ordentlichen Generalversammlung wird eine Dividende von 8 Proz., wie in den drei Vorjahren, vorgeschlagen werden.

Internationale Schlafwagen-Gesellschaft in Brüssel. Der Beschluss der Generalversammlung vom 10. November 1906, das Grundkapital um weitere 6 250 000 Frs. auf 62½ Millionen Frs. zu erhöhen, ist jetzt in das Handelsregister eingetragen worden. Danach sind die neuen Aktien im Dividendenanspruch ab 1. Jan. dieses Jahres auszugeben. Das Aktienkapital der Gesellschaft zerfällt nunmehr in 60 000 Vorzugsaktien und 190 000 gewöhnliche Aktien über je 250 Frs.

Neue Aktiengesellschaft. In den Räumen der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, Abteilung Dresden, fand die Umwandlung des Eisenwerks G. Meurer in Cossebaude und Tetschen in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 250 000 Mk. statt. Es handelt sich um eine Familiengründung. Den ersten Aufsichtsrat bilden die Herren Kommerzienrat Meurer, Sanitätsrat Dr. Winkler und Bankdirektor Franz v. Roy (Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, Abteilung Dresden).

Die Firma Hauptdepot „Elyschicht“, G. m. b. H. in Leipzig ist in das Handelsregister eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Kohlen-Grosz- und Kleinhandlung sowie die Übernahme und Fortführung der bestehenden Kohlen-Groszhandlung Hauptdepot der Hirschschen Kohlenwerke „Elyschicht“, Eisenberg i. B., Spezialgeschäft für böhmische Braunkohlen A. Theodor Patern in Leipzig-Plagwitz. Das Stammkapital beträgt 50 000 Mk. zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Theodor Patern und Otto Niebuhr, beide in Leipzig.

Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brünig in Höchst a. M. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, für 1908 eine Dividende von 27 Proz. auf das Aktienkapital, gemäss der Einzahlung desselben, vorzuschlagen. Die Gesellschaft hat im vorigen Jahre ihr Aktienkapital um 10,5 Mill. Mk. erhöht. Von diesen neuen Aktien wurden 1 600 000 Mk. gegen 400 000 Mk. Kasse-Aktien umgewandelt, für die beiden Vorjahre hat die Dividende 30 Proz. betragen.

Patent-Nachrichten.

Patent-Anmeldungen.

Fa. Nollesche Werke, Ernst Nolde, Weissenfels a. S. Leistenmaschine zum Spannen des Oberleders über einem aufrecht stehenden Leisten und zur Befestigung des Oberleders an der Brandsohle.

Gebrauchsmuster-Eintragungen.

Herr Ernst Biedermann, Halle a. S. Tier-Halsband mit aus dem Halsbandkörper vorziehbarer selbsttätig zurücklaufender Leine.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 31. April. Am Fruchtmarkt notierten Weizen, pommerscher, preussischer, pommerscher schlesischer frei 197-205, russischer 188-192, russischer mittel 167-170, 172-188 Mais, runder 174-177, Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 188-174, runde 175-188, russische und Donau mittel 143 bis 147, Heubrenn 198-196, amerikanischer Futterweizen 181-186, kleine Weizenmehl 80,45-82,25, Roggenmehl 11 und 2 79,0-79,90, Weizenklein 11,60-12,25, Roggenklein 11,60-12,20. (Alles frei Bann).

Hamburg, 31. April. (Getreidemarkt) Weizen fest, Ostsee, Mecklbg. 425-440, Roggen fest, Mecklbg. und Pomm. 179-182, Gerste fest, sächs. 128-135, Hafer fest, Holst. 198-194, Mecklbg. 194-198. Mais fest, La Plata 188-193 meist. 187-193.

Per 21. April. Weizen fest, per April 14,10 Gd., 14,11 R., Roggen per April 9,70 Gd., 9,71 R., Hafer per April 8,80 Gd., 8,81 R., Mais per Mai 7,40 Gd., 7,41 R.

Liverpool, 21. April. Roter Winterweizen per Mai 6,07½, per Juli 6,77½, Beutp., Mais, bunter, amerikanischer per Mai 6,37½, per Juli 6,77½, Beutp.

Antwerpen, 21. April. Deutscher La Plata, Kontrakt, per April 6,70, Juni 6,07½, Aug. 5,65, Okt. 5,62½, Dez. 5,60 Fr. Still. Umsatz 30,000 kg.

Zucker.

Hamburg, 21. April. Rübenzucker, 1. Produkt, Basis 96½, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

per April . . . 20,00
 . . . Mai . . . 21,95
 . . . August . . . 21,85
 . . . Oktober . . . 20,00
 . . . Dezember . . . 20,00
 . . . März . . . 20,45

Kaffee.

Hamburg, 21. April. Good average Santos

per Mai . . . 82,40
 . . . September . . . 83,40
 . . . Dezember . . . 83,40
 . . . März . . . 82,40

Spiritus.

Nordhausen, 21. April. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 100-106 l 42,45-43,25 Mk., 50 Vol. Proz. für 100 kg (108-107 l) 69,16-70,75 Mk. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brenner.

Fettwaren und Öle.

Hamburg, 21. April. Stadtschmalz 41,50, amerik. Steam 51,75, Chamberlain 54,00. Still.

Kerzfleisch und Stärke.

Berlin, 21. April. Karfelfleisch und Stärke 25,00-26,00, Feuchte Stärke . . .

Magdeburg, 21. April. Prima Karfelfleisch und -Mehl 25 130 kg 25,30-27,75.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 21. April. (Städtischer Schloßviehmarkt.) Amtlicher Bericht (per Direktion). Es standen zum Verkauf: 280 Rinder, 268 Kälber, 1923 Schafe und 11,68 Schweine. Beirath wurde für 100 Pfd. oder 50 kg Schichtgewicht für 1 Mark 10 Pfennig für 1 Pfd. in Pigal; 92-97 M., b. mittlere Mastkälber, und gute Saugkälber 84 bis 99 M., a. geringe Saugkälber 60-65 M., d. ältere geringe Saugkälber 40-45 M., Fresser 47-54 M., Schafe: a. Mastschaf 66-68 M., g. mässig gemästete Hammel und Schafe (Märzschafe) 55-60 Mark; Schweine: Ma zahlte für 100 Pfund mit 30 Proz. Tara: a. vollb. Ferkel der totenen Rassen und deren Kreuzungen 41-42 Mark; b. beschire 59-60 M., c. gering gewickelte 57-58 M., d. Sauen 58-59 Mark.

Verlauf und Tendenz. Von Rindermarkt blieben etwa 50 Stück unverkauft. Der Kälbermarkt gestaltete sich ruhig. Ausgesuchte Kälber brachten Preise über Notiz. Bei den Schafen fand der Bestand bis auf wenige Posten Absatz. Der Schweinemarkt verlief und wurde geräumt.

Chemische Produkte.

Hamburg, 21. April. Chlorsulphat per loco 10,45, Febr.-März 6,57 frei Fabrikung Hamburg.

Wolle.

Bremen, 21. April. Baumwolle ruhig, Upl loko middl, 25½, Piz. Liverpool, 21. April. Baumwolle. Umsatz 1000 Ballen, davon Import 1000 Ballen, davon Amerikaner . . . Ballen. Beiz. Beizunge der totenen Rassen und deren Kreuzungen per Mai 1,75, Alexandria, 2. April. Ägyptische Baumwolle per Mai 15,09, Juli 15,01, Nov. 15,10.

Metalle.

London, 21. April. Chili-Kupfer stetig 57½, 9 Mon. 57½, Zinn Straits ruhig 134, 3 Monat 135½, Blei span. stetig 137, englisch 13½, Zink, gewöhnliche Marke, stetig 21½, spez. Marke 22½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Enden.

New York.	21. 4.	20. 4.	Chicago.	21. 4.	20. 4.
Weizen p. Mai	120 1/2	120 1/2	Weizen p. Mai	125	124 1/2
„ Juli	121 1/2	120 1/2	„ Juli	113 1/2	112 1/2
Mais p. Mai	90 1/2	90	Mais p. Mai	71 1/2	70 1/2
„ Juli	77 1/2	77	„ Juli	69 1/2	69 1/2
Mehl Spring clears	5 1/2	5 1/2	Hafer p. Mai	69 1/2	69 1/2
Kaffee Fair Rio Nr. 7	3 04	3 04	„ Juli	49 1/2	48 1/2
„ April	6 80	6 80	Hoggen p. Mai	83	82
„ Mai	6 80	6 80	Schmalz p. Juli	10 37	10 35
Petroleum in Cases	10 90	10 90	„ April	11 50	11 47
do. in New York	9 50	9 50			
do. in Philadelphia	8 45	8 45			

Tendenz: Weizen fest, Mais fest.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, - unter Null)

Staat und Instr.	30 April	1.04	1. April	1.09	2.09
Ähren, Brückenpegel	+0	+1	+0	+1	+0
Nebra, Oberpegel	+1	+1	+1	+1	+1
„ Unterpel	+1	+1	+1	+1	+1
Wassenselz, Oberpegel	+1	+1	+1	+1	+1
„ Unterpel	+1	+1	+1	+1	+1
Frotha, Oberpegel	+1	+1	+1	+1	+1
Altenhof, Oberpegel	+1	+1	+1	+1	+1
„ Unterpel	+1	+1	+1	+1	+1
Hernburg,	+1	+1	+1	+1	+1
Kalba, Oberpegel	+1	+1	+1	+1	+1
„ Unterpel	+1	+1	+1	+1	+1

Iser, Egge, Elbe, Moldau.

	April	1.04	1. April	1.09	2.09
Budweis,	+1	+1	+1	+1	+1
Prag,	+1	+1	+1	+1	+1
Jungbunzlau,	+1	+1	+1	+1	+1
Vardubitz,	+1	+1	+1	+1	+1
Brandeis,	+1	+1	+1	+1	+1
Leitmeritz,	+1	+1	+1	+1	+1
Aussig,	+1	+1	+1	+1	+1
Dresden,	+1	+1	+1	+1	+1

Aussig, 21. April. Popelstahl Puls 158 um. Vom Oberlauf werden 37 cm Wuchs gemessen.

Prämien-Kursbericht.

Der Bankfirma Samuel Ziehlensky, Berlin, 21. April 1909. Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin“.

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätsen Verkäufer für Vorkrämen bzw. Käufer für Rückkrämien:

	Vorkrämen	Rückkrämien
	Ma	Ma
Lombarden	151 1/2-151 1/4	147 1/2-147 1/4
Österreich	110 1/2-110 1/4	110 1/2-110 1/4
Belgrad	110 1/2-110 1/4	110 1/2-110 1/4
Canada Pacific	170 1/2-170 1/4	170 1/2-170 1/4
Türken-Lose	148-148	148-148
Demas-Bank	192 1/2-192 1/4	192 1/2-192 1/4
Disk. Oomn	192 1/2-192 1/4	192 1/2-192 1/4
Holl. Indigees	147 1/2-147 1/4	147 1/2-147 1/4
Ueber. Bank	144-144	144-144
Österreich	144-144	144-144
Russenb. Cred.	201 1/2-201 1/4	201 1/2-201 1/4
Oesterb. Bank	143 1/2-143 1/4	143 1/2-143 1/4
Dynamo Trust	160 1/2-160 1/4	160 1/2-160 1/4
Ueber. Bank	119 1/2-119 1/4	119 1/2-119 1/4
Ueber. Bank	119 1/2-119 1/4	119 1/2-119 1/4
Nordl. Lloyd	90 1/2-90 1/4	90 1/2-90 1/4
Primo Hren	127 1/2-127 1/4	127 1/2-127 1/4
Gr. Heri Strb.	181 1/2-181 1/4	181 1/2-181 1/4
St. Rochusbank	87 1/2-87 1/4	87 1/2-87 1/4
Russen v 1902	86 1/2-86 1/4	86 1/2-86 1/4
Bochumer	234 1/2-234 1/4	234 1/2-234 1/4
Leura	190 1/2-190 1/4	190 1/2-190 1/4
Gelsenkirch.	132-132	132-132
Harpener	19 1/2-19 1/4	19 1/2-19 1/4
Phönix	170 1/2-170 1/4	170 1/2-170 1/4
D.-Lumb.	187 1/2-187 1/4	187 1/2-187 1/4
Dormander	187 1/2-187 1/4	187 1/2-187 1/4
A. E. G.	288 1/2-288 1/4	288 1/2-288 1/4

Vorkrämen per Juli: Lombarden 191, Österreich 147, Baltimore 117 1/2 bis 51, Canada 180 1/2, Türkei, —, Darmstadt 19 1/2, Bochumer 234 1/2, Laurus 191 1/2, Gelsenkirchen 19 1/2, Phönix 177 1/2, Harpener 187 1/2, A. E. G., —

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kalk-Kuzen.

von Samuel Ziehlensky, Berlin und Essen, 21. April.

	Geud	Breit	Geud	Breit
Adler-Kalk V. A.	7450	7800	7400	2700
Brandenburg	5100	5000	5100	3250
Beutenrode	11800	11850	11800	3450
Burbach	6500	6500	6700	67
Carlsbad	5900	5900	6700	68
Chemnitz	5900	5900	6700	82
Leimsteden	5900	5900	6700	70
Dach. Kalk-Akt.	103	104	103	10,280
Deutschesl.	3350	3500	3350	1080
Grünthal	93	95	93	1128
Hörsing	16000	16500	16000	117
Ueber. Bank	3875	3975	3875	1500
Hess. Kalk-Akt.	325	325	325	3100
Hansa	3050	3150	3050	

